LZ-Rheinland

Artikel vom 31.03.2021 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 11:53 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/chance-vertan-bauernverband-kritisiert-bundesrat-beim-insektenschutz

Chance vertan – Bauernverband kritisiert Bundesrat beim Insektenschutz



Foto: imago/photothek

Mit deutlicher Kritik hat der Deutsche Bauernverband (DBV) auf die Stellungnahme des Bundesrats zum Entwurf der Bundesregierung für eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes reagiert. Die Länderkammer habe eine wichtige Chance vertan, auf das Insektenschutzpaket Einfluss zu nehmen, erklärte der DBV nach der Beschlussfassung am Freitag vergangener Woche. Der Bauernverband warf dem Bundesrat vor, wichtigen Empfehlungen der zuständigen Ausschüsse nicht gefolgt zu sein.

Obwohl sich sowohl der Umwelt- als auch der Agrarausschuss für eine grundlegende Änderung des Insektenschutzpakets ausgesprochen, den Mangel an kooperativen Lösungsansätzen im Insektenschutzpaket kritisiert und ein umfangreiches Förderprogramm zum Insektenschutz gefordert hätten, habe das Plenum dies mehrheitlich nicht mitgetragen.

Der DBV äußerte sein Unverständnis über die Ablehnung des niedersächsischen Antrags, einen gesetzlich verankerten Anspruch auf finanziellen Ausgleich für die Einschränkungen der Bewirtschaftung durch das Insektenschutzpaket zu schaffen. Ohne substanzielle

Korrekturen am Insektenschutzpaket seien die erfolgreichen und kooperativen Länderinitiativen zum Insektenschutz zum Scheitern verurteilt und der kooperative Naturschutz in der Agrarlandschaft auf dem Abstellgleis. Umso mehr sieht der Verband jetzt den Bundestag gefordert, im weiteren Verfahren die Webfehler des Insektenschutzpakets auszuräumen. Es gehe darum, die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz eindeutig vor die rückwärtsgewandte Strategie von Verboten und Schutzgebietsausweisungen zu stellen, mahnt der DBV.

Die Länderkammer verlangt lediglich Rücksicht auf die bereits bestehenden Initiativen in einigen Ländern. Dort sei es bereits gelungen, gemeinsame Lösungen für eine naturverträgliche Landbewirtschaftung zu finden, stellte die Länderkammer in ihrer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes fest. *AgE*